

Wir müssen politischer werden!

Gedanken zu einer Kulturpolitik angesichts globaler Machtverschiebungen



Michael Wimmer ist Geschäftsführer von Educult, Wien, und Dozent an der Universität für angewandte Kunst Wien sowie Lehrbeauftragter am Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaften der Universität Wien

Michael Wimmer

Wie viele LeserInnen der Kulturpolitischen Mitteilungen bin ich aufgewachsen mit dem kulturpolitischen Versprechen einer »Kultur für alle«. Abgegeben wurde dieses von Hilmar Hoffmann und seinen GenossInnen in einer historischen Phase der großen Zuversicht. Den Mühen der unmittelbaren Nachkriegszeit entronnen, konnte es in den 1970er Jahren nur besser werden. Das Tor schien weit offen für eine bessere Zukunft.

Auch damals gab es fundamentale politische Auseinandersetzungen über denen der alles bestimmende Ost-West-Konflikt lag. Darunter aber überwog der historisch materialistisch unterfütterte Glaube an eine stetige Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, die früher oder später alle Menschen erreichen würde. Die politischen Perspektiven setzten auf eine dauerhafte Überwindung überkommener Klassenverhältnisse, um auf diese Weise die Lebensqualität möglichst aller Menschen zu verbessern.

Auf den Fundamenten eines ausgebauten Wohlfahrtsstaates würde sich ein für alle gleichermaßen zugängliches Kulturangebot erheben und damit zur umfassenden »Vermittelstündung« im Rahmen einer liberalen und demokratischen Verfasstheit im Herzen Europas beitragen und sich von hier aus ausdehnen.

Es ist anders gekommen. Der 20. Jänner 2017 markiert einen Wendepunkt in der globalen Geschichte, die mit den Geschehnissen der letzten Jahre bereits Konturen gewonnen, aber mit der Präsidentschaft eines skrupellosen Geschäftsmannes ohne jegliche politische Erfahrung just im Zentrum der sogenannten »Freien Welt« ihr bestimmendes Gesicht erhalten hat. Während wir unverbrüchlich versuchen, den kulturpolitischen Auftrag von damals zu erfüllen, rücken uns die existentiellen Gefahren immer näher und erschüttern unser aller Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen in einer rundum verunsicherten Welt.

An den europäischen Grenzen verschär-

fen sich die kriegerischen Auseinandersetzungen, ertrinken massenhaft Menschen auf der Flucht, und auch innerhalb Europas vertiefen sich die Konfliktlinien und bedrohen das Projekt des europäischen Einigungsprozesses. Die wachsende Unordnung der Welt kommt unserer eigenen Haustür immer näher und macht es unmöglich, ihre Auswirkungen aus dem Feld der Kultur draußen zu halten. Mögliche Bedrohungsszenarien, die mit der Figur Trump ihren paradigmatischen Ausdruck gefunden haben, sind nicht mehr Gegenstand der Beobachtung von Phänomenen weitab unseres Alltags. Sie sind mitten unter uns angekommen und zwingen uns – ob wir wollen oder nicht – eine Haltung dazu zu entwickeln, weil wir unmittelbar davon betroffen sind.

»Trump versucht Europa zu zerstören« Europa sieht sich von einem Tag auf den anderen weitgehend unvorbereitet angesichts einer neuen Allianz antedemokratischer Regime, die von China und Russland über die Türkei und die südlichen Anrainerstaaten des Mittel-

meeres nunmehr bis nach Nordamerika reichen. Und auch innerhalb der europäischen Festung wittern autoritäre, auf weitere nationale Abschottung drängende Kräfte Morgenluft.

Galten die USA bislang als Garant eines Europa auf dem mühsamen Weg in die liberale Demokratie, so ist der ehemalige Befreier von faschistischer Vorherrschaft heute drauf und dran, die Seiten zu wechseln und sich mit einem autoritativ regierten, illiberalen Russland zu verbünden, mit der Absicht, damit die Grundfesten eines vereinten Europas zu erschüttern. Die ansonsten besonnene Stimme des ehemaligen Chefs des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung Karl Aiginger bringt es auf den Punkt: »Trump versucht Europa zu zerstören«.

Dies aber bedeutet – und noch trauen wir uns nicht, darüber nachzudenken – eine weitere Gefährdung des europäischen Friedensprojekts, das sich in einer neuen geopolitischen Konstellation ab sofort an zumindest drei Fronten politischen GegnerInnen gegenüber sieht und auf diese Weise zur Kenntnis nehmen muss, dass gerade die letzten Reste der Nachkriegsordnung zu Grabe getragen werden.

Eine Welle des illiberalen Nationalismus wird über Europa schwappen

Es spricht wenig dafür, dass Europa als einzig verbleibender Hort des demokratischen Liberalismus das Weltgeschehen nachhaltig beeinflussen können. Als politische Union selbst nur sehr ungenügend demokratisch legitimiert, erleben die europäischen Gesellschaften ein Revival nationalistischer und antidemokratischer Kräfte, die zunehmend die politische Agenda des alten Kontinents bestimmen. Und wir müssen schmerzlich zur Kenntnis nehmen, dass es im Zuge der Nachkriegseuphorie, der sich u.a. »Kultur für alle« verdankt, nicht gelungen ist, den Geist eines illiberalen Autoritarismus ein für alle Mal (ggf. zu ergänzen: bei allen Menschen) zu eliminieren, sondern bestenfalls in einer außerordentlichen Phase wirtschaftlicher Prosperität halbwegs im politischen Zaum zu halten.

Zur Erinnerung: Noch zu Ende der 1990er Jahre konnten sich die Mitglieder des europäischen Rates auf – freilich weitgehend unwirksame – Sanktionen gegen eine Regierungsbeteiligung der

österreichischen FPÖ einigen. Heute scheinen sich dieselben FunktionsträgerInnen nicht nur mit dem Phänomen Berlusconi, sondern mittlerweile mit einer Reihe illiberaler Regime, sei es in Orbans Ungarn, Kaczyńskis Polen oder Ficos Slowakei abgefunden zu haben. Und jetzt warten Le Pen, Wilders, Strache, Grillo und Co. nur darauf, es Trump nachzumachen, während May die Vorläuferin für das drohende Auseinanderbrechen der Europäischen Union gibt, die drauf und dran ist, ihre Legitimität als politische Hoffnungsträgerin bei einer Mehrheit der europäischen Bevölkerungen zu verlieren.

Dieser Analyse folgend kommen wir um die Aussage nicht herum, dass wir uns in der Gefahr befinden, unsere Lebensumstände könnten sich – schon binnen kurzer Zeit – nachhaltig verschlechtern. Sehr persönlich formuliert, konkretisiert sich die Vorstellung, dass die Grundannahme der eigenen Jugend, wonach sich die Verhältnisse stetig und pfadgestützt (weil historisch determiniert) zum Besseren wenden würden, falsifiziert werden muss. Ungeachtet der gewaltigen Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums (und damit verbunden des kollektiven Wissens) spricht im Moment nichts dafür, dass sich dieser nochmals in kollektiven Optimismus überführen ließe. Das Gegenteil ist der Fall: (Fast) alles spricht dafür, dass wir schweren Zeiten entgegengehen und gefordert sind, neue Formen des Widerstandes gegen die zu erwartenden weiteren Abbruchversuche mühsam erkämpfter demokratischer Errungenschaften zu entwickeln.

Daran – und das ist eine weitere Form der Pervertierung des öffentlichen Diskurses – sind nicht die Flüchtlinge schuld. Nicht sie sind es, die das europäische Projekt demokratischen Zusammenlebens gefährden. Es ist zuallererst die Neuausrichtung der globalen politischen Machtverhältnisse, die zusammen mit einer Reihe weiterer Verunsicherungsfaktoren, die von umfassender Digitalisierung bis in die Neuverhandlung der ganz persönlichen Beziehungssysteme reichen, unser aller Denken und Handeln nachhaltig beeinflussen werden. Wer kürzlich die Berichte über das Flüchtlingselend z.B. in Belgrad verfolgt, erkennt unmittelbar, dass von diesen Menschen (unter ihnen viele kleine Kinder) keine Weltverschwörung ausgeht.

Zur Beantwortung der Frage, wie das alles möglich geworden ist, wird gerne das wachsende Auseinanderdriften der Eliten und der sogenannten »einfachen Leute« ins Treffen geführt. Nicht die »Besitzenden«, die mit ihren Ressourcen in der Lage sind, die Verhältnisse in die eine oder andere Richtung zu beeinflussen, stehen unter Verdacht, sondern diejenigen, die sich auf den Fortbestand liberaler, auf Vielfalt und demokratischer Interessens- und Konfliktaustragung beruhender Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens berufen. Ihnen wird zunehmend Verrat an Partialinteressen im nationalen Gewand vorgeworfen, dessen unbedingte Durchsetzung künftig über allen demokratischen Errungenschaften zu stehen habe.

Über Verrat und Überläufertum

Die Neuordnung der diesbezüglichen Verhältnisse, folgt man etwa Didier Eribon in seinem Buch »Rückkehr nach Reims« (Suhrkamp 2016), besteht vor allem im Zusammenbruch eines intakten Verhältnisses zwischen diesen einfachen Leuten und ihren ehemaligen WortführerInnen. Eribon macht deutlich, dass auch in den ehemaligen Arbeitermilieus ein gehöriges Quantum an Abgrenzungsbedürfnis bestanden hat, das sich nur zu gerne in rassistischen oder sonstwie feindlichen Übergriffen geäußert hätte. Im Verlauf der Entwicklung proletarischer Parteien sei es ihren AnführerInnen aber gelungen, disziplinierend zu wirken und es ihren AnhängerInnen unmöglich zu machen, diesbezügliche Ressentiments zu kultivieren, geschweige denn auszuleben. Mit dem Verrat der sozialistischen Parteien hätten ihre Wortführer Gerhard Schröder, Tony Blair oder Francois Hollande die Interessen ihrer Klientel an den kapitalistischen Mainstream mit seinem Primat der Konkurrenz und unbedingten Durchsetzungskraft verkauft. Auf der Strecke geblieben seien dabei die Werte einer auf Solidarität gegründeten Gegenkultur. Stattdessen hätten deren Emporkömmlinge in besonderer Weise die Schleusen geöffnet, wenn es darum geht, alle diesbezüglichen Vorbehalte zur Aufrechterhaltung von Solidarität und Mitmenschlichkeit hinter sich zu lassen.

Die Konsequenzen zeigen sich in der wachsenden Bereitschaft zu einem politischen »Überläufertum«, in dessen Rahmen die erstarkenden autoritären Kräfte offen dazu einladen, sich »als

Arschloch zu bekennen« und »die Sau raus zu lassen«. So fühlen sich die (potentiellen) VerliererInnen der aktuellen kapitalistischen Entwicklung eingeladen, ihr Mütchen an denen zu kühlen, denen es noch schlechter geht. Besonders betroffen sind just diejenigen, die an den Folgen des wachsenden globalen Ungleichgewichts am meisten zu leiden haben (und die unglaublichsten Strapazen auf sich nehmen, um den unmittelbaren Folgen zu entkommen). Im aktuellen Prozess der politischen Selbstüberbietung (z.B. in Form von Ankündigung von Verweigerung von Zutritt, Asyl oder Mindestsicherung ...) müssen sie als diejenigen herhalten, die für die Verschlechterung der Lebensverhältnisse von immer mehr Menschen verantwortlich gemacht werden. Und immer mehr Menschen sind dazu bereit, sich – mangels politisch überzeugender Alternativen – an diesem Prozess der Entsolidarisierung zu beteiligen und Figuren á la Trump in ihrer Zuschreibung als »Oberarschloch«¹ zu wählen.

Es formiert sich Widerstand
Der knappe Wahlsieg des neuen österreichischen Bundespräsidenten Alexander van der Bellen, gerade in einem Land, in der europafeindliche Rechtspopulismus zuletzt eine besonders breite Zustimmung gefunden hat, könnte als eine Ermutigung gesehen werden, dass noch nicht alles verloren ist. Das gilt auch für den breiten Widerstand der rumänischen Zivilgesellschaft, die nicht bereit ist, die Wieder-

1 Aaron James: Assholes: Zum Beispiel Donald Trump, München: Goldmann 2016

errichtung autoritärer, auf umfassender Korruption gebauter Herrschaft einfach hinzunehmen.

Diese sehr kursorische Skizzierung der fundamentalen Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen für die künftige Ausgestaltung von Kulturpolitik will deutlich machen, dass es wenig Sinn macht, die Konzepte aus den 1970er Jahren fortzuschreiben. Mit »Kultur für alle« brauchen wir weiten Teilen der Bevölkerung schon deshalb nicht mehr kommen, weil in einer Phase der wachsenden sozialen und kulturellen Diversifizierung und Verungleichung die Idee nicht nur der Bedeutung einer »gemeinsamen Kultur« sondern vor allem von »alle« abhandengekommen ist; da haben schlicht immer mehr Menschen andere Sorgen und Erwartungen.

Entsprechend groß ist die Herausforderung vor allem für den Teil des Kulturbetriebs, der weiterhin auf staatliche Alimentierung setzt. Während sich in den letzten Jahren bloß vorsichtige Ansätze eine Verlagerung der kulturpolitischen Prioritätensetzungen von der Produktions- zur Rezeptionsseite konstatieren lassen, mehren sich jetzt die Stimmen, die KünstlerInnen und Kulturschaffenden den Status der Zugehörigkeit zu einer »volksfeindlichen Elite« attestieren und folglich den Rückzug des Staates aus der Kunst- und Kulturförderung fordern.² Gegen diese Tendenzen versuchen vor allem Akteure kultureller

2 So etwa im Wahlprogramm Geerd Wilders, der die völlige Abschaffung öffentlicher Kunstförderung fordert; auch Donald Trump hat sich bereits für eine Beendigung der Förderpraxis des National Endowments for the Arts ausgesprochen.

Bildung zunehmend verzweifelt neue Beziehungen vorrangig mit den BürgerInnen herzustellen, die bislang keinen Gebrauch von ihrem Programmangebot gemacht haben. Brennende Bibliotheken³ in den Pariser Banlieus geben wenig Hoffnung, dass diesbezügliche Versuche einen raschen Stimmungsumschwung herbeiführen könnten.

Und dennoch war es noch nie so sehr notwendig, auch mit den Mitteln der Kulturpolitik die mühsam erkämpften Errungenschaften der liberal-demokratischen Grundordnung in einer hoch ausdiversifizierten Migrationsgesellschaft mit neuem Leben zu erfüllen; die Zukunft des Kulturbetriebs als relevanter Faktor gesellschaftlicher Entwicklung wird wesentlich davon abhängen, ob es ihm gelingt, der wachsenden Bereitschaft »überzulaufen« die eine oder andere überzeugende Alternative entgegen zu setzen. Wenn uns das nicht gelingt, mutiert Hilmar Hofmanns Slogan zu »Unterhaltung für alle« in hoffnungsloser Zeit.

PS: Weitere Texte des Autors finden sich auf dem EDUCULT-Blog unter: <http://educult.at/blog> ■

3 Siehe dazu Denis Merklen: Pourquoi brûle-t-on des bibliothèques? Villeurbanne: Presses de l'enssib 2013.

Trumpismus

»Trumpismus ist in seiner ersten Phase die Kunst, die politischen Diskurse nach den Regeln der Unterhaltungsindustrie aufzulösen. Es müssen Bilder her, wo Texte waren, es muss Mythos her, wo Geschichte war, es müssen Emotionen her, wo Logik war ... Wer die Medien beherrscht, beherrscht das Land. Wer die Sprache beherrscht, beherrscht die Macht. Wer den Geschmack beherrscht, beherrscht die Gesellschaft ... Die Macht, welche die Demokratie sozusagen mit ihren eigenen Mitteln beenden wird, entsteht zu einem nicht geringen Teil durch die Ersetzung von sprachlicher durch nichtsprachliche Repräsentation. Nichtsprachliche Repräsentation, wie wir sie aus der populären Kultur kennen, entsteht aus der Nähe der Bilder und der Abwesenheit der Metarepräsentation (das sind gleichsam die semantischen Kontrollinstanzen, die uns helfen, zwischen einer Repräsentation und der Wirklichkeit zu unterscheiden).«

Georg Seeßlen, »Sprachattacke der Rechtspopulisten. Trompeten des Trumpismus«, in: Der Spiegel v. 11.2.2017